

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/029(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 20.06.2016	Ratssaal	16:00Uhr	17:40Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

- 7 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
 - 7.1 Verbesserte Betreuungsangebote für Magdeburger Kitas mit KitaPlus
SPD-Stadtratsfraktion
WV v. 19.05.2016 A0115/15
 - 7.1.1 Verbesserte Betreuungsangebote für Magdeburger Kitas mit KitaPlus
Interfraktionell A0115/15 /1
 - 7.1.2 Verbesserte Betreuungsangebote für Magdeburger Kitas mit KitaPlus
Fraktion DIE LINKE A0115/15/1/1
 - 7.1.3 Verbesserte Betreuungsangebote für Magdeburger Kitas mit KitaPlus S0250/15
 - 7.2 Anpassung Sozialplanung
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen A0021/16

7.2.1	Anpassung Sozialplanung	S0076/16
7.3	Überarbeitung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Magdeburg Interfraktionell WV v. 19.05.2016	A0051/16
7.3.1	Überarbeitung des Nahverkehrsplans Fraktion Magdeburger Gartenpartei	A0051/16/1
7.3.2	Überarbeitung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE	A0051/16/2
7.3.3	Überarbeitung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Magdeburg Ausschuss StBV	A0051/16/3
7.3.4	Überarbeitung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Magdeburg	S0116/16
7.4	Belastungen der Baustelle EÜ ERA abmildern Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 19.05.2016	A0053/16
7.4.1	Belastungen der Baustelle EÜ ERA abmildern Ausschuss StBV	A0053/16/1
7.4.2	Belastungen der Baustelle EÜ ERA abmildern Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0053/16/2
7.4.3	Belastungen der Baustelle EÜ ERA abmildern Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0053/16/3
7.4.4	Belastungen der Baustelle EÜ ERA abmildern	S0123/16
	Neuanträge	
7.6	Schellheimerplatz Fraktion CDU/FDP/BfM	A0059/16
7.7	Webseite Tunnelbaustelle Fraktion CDU/FDP/BfM	A0060/16
7.8	"Klimakiller" Heizpilze abschalten! Fraktion DIE LINKE	A0063/16

7.9	Zustand Gehwege Fraktion CDU/FDP/BfM	A0061/16
7.10	Verkehrssicherheit und Stellplatzsituation am Schellheimer Platz verbessern SPD-Stadtratsfraktion	A0062/16
7.11	Bessere Kennzeichnung des Fußgängerüberwegs in der Arndtstraße SPD-Stadtratsfraktion	A0064/16
7.12	Errichtung eines Weidendoms in Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion	A0065/16
7.13	Querungsmöglichkeit Haltestelle Fachhochschule SPD-Stadtratsfraktion	A0066/16
7.14	Zuwegung zur KGA Am Waldsee/Friedensweiler Interfraktionell	A0068/16
7.15	Innenstadtrelevantes Gewerbe im B-Plan-Gebiet 223-1 (DS0158/15) Interfraktionell	A0070/16
7.16	Grundsatzbeschluss zur Neugestaltung des Platzes am Gesundheitsamt Interfraktionell	A0071/16
7.17	Zwangsversteigerung des Kristallpalastes – letzte Chance für Magdeburg? Fraktion DIE LINKE	A0072/16
9	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
9.1	Weiteres Vorgehen EÜ ERA SR Frank Schuster	F0120/16
9.2	Wartehalle für Haltestelle Beyendorf SR`n Steinmetz	F0119/16
9.3	Schwimmhalle Große Diesdorfer Straße SR Jannack	F0122/16
9.4	Pflege- und Entwicklungskonzept Volkspark Westerhüsen SR Meister	F0128/16
9.5	Untragbare Situation Clearingstelle Friedensstraße SR Guderjahn	F0108/16
9.6	Asiatischer Laubholzbockkäfer SR Dr. Kutschmann und SR Schwenke	F0116/16

9.7	Verbesserungen des ÖPNV-Angebotes für Bürgerinnen und Bürger aus Stadtfeld Ost während der Baumaßnahme Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee SR ´n Keune und SR Lischka	F0110/16
9.8	Aktuelle Fragen zum Tage SR Müller	F0132/16
9.9	Umfeldgestaltung und Verkehrssicherheit Klinikum/Bruno-Taut-Ring SR Denny Hitzeroth	F0112/16
9.10	Nahversorger Alt Olvenstedt SR Häusler und SR Denny Hitzeroth	F0114/16
9.11	Magdeburg auf dem Weg zur Digitalisierung? SR Assmann	F0115/16
9.12	Weiterführung Green Cities Konferenz SR Assmann	F0117/16
9.13	Parksituation in der Spielhagenstraße SR Hausmann	F0118/16
9.14	Arbeitszeit von Schulsekretärinnen SR Jannack	F0121/16
9.15	Halbinsel im Neustädter See SR Scheunchen	F0123/16
9.16	Lizenzkosten SR ´n Schumann	F0124/16
9.17	Vergabe des Geschäftsstraßenmanagements – ASO-Sudenburg SR Zander	F0126/16
9.18	Entwicklung der Steuereinnahmen 2015 SR Köpp	F0127/16
9.19	Anfrage zur Personalmittelverwendung des Haushaltsplanes 2016 SR ´n Tybora	F0129/16
9.20	Kreis der Ansprechberechtigten für den Magdeburg-Pass ausweiten SR Köpp	F0130/16
9.21	PPP-Schulpakete SR Müller	F0131/16
9.22	Kirchentag SR Schumann	F0133/16
	Informationsvorlagen	

10.1	Politische Schwerpunkte aus Sicht des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten für den Zeitraum bis 2022 in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0114/16
10.2	Ersatz und Aufforstung abgängiger Bäume durch Unwetterschäden - Information zum Antrag A0119/15	I0097/16
10.3	Rechtliche Wirkungen auf den Haushaltsprozess durch die Ablösung der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO Doppik LSA) in der Fassung vom 22. Dezember 2010 durch die Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO) in der Fassung vom 16. Dezember 2015	I0057/16
10.4	Schuldenbericht 2015	I0120/16
10.5	Sachstandsbericht zur Entwicklung des Magdeburger Wasserstraßenkreuzes	I0099/16
10.6	Raumsituation IGS "Willy Brandt" (I0035/16)	I0141/16
10.7	Haushaltsplan 2016 - Förderung von Steinzeitdorf in Randau und Magdeburger Technikmuseum	I0094/16
10.9	Information zum Sachstand der Arbeit des Netzwerkes Gute Pflege Magdeburg	I0069/16
10.10	20-jähriges Bestehen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Magdeburg	I0086/16
10.11	Abschlussinformation für den Jugendhilfeausschuss zur Umsetzung des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien (LAP) - Sicherung der Nachhaltigkeit“ in der Landeshauptstadt Magdeburg im Förderzeitrum 9/2007 bis 12/2014	I0107/16
10.12	Information zum "ALSO-Netzwerk Jugend und Sport"	I0111/16
10.13	Information zum Bundesprogramm Demokratie leben - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, Programmbereich "Partnerschaften für Demokratie" für die Landeshauptstadt Magdeburg	I0112/16

10.14 Parkleitsystem Ostelbien I0110/16

10.15 Verkehrsberuhigung in der Spielhagenstraße I0130/16

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann eröffnet die 29.(VI) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, Gäste, Mitarbeiter der Verwaltung und Medienvertreter. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	32	“	“
maximal anwesend	44	“	“
entschuldigt	13	“	“

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

- 7.1. Verbesserte Betreuungsangebote für Magdeburger Kitas mit KitaPlus A0115/15
SPD-Stadtratsfraktion
WV v. 19.05.2016
-

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0115/15/1.

Es liegt der Änderungsantrag A0115/15/1/1 der Fraktion DIE LINKE vor.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0115/1/1 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Änderungsantrag wird wie folgt im Absatz 3 ergänzt (fett/unterstrichen):

Parallel zur Beantragung der Fördermittel beim Bundesprogramm "Kita Plus" ist zur Feststellung des konkreten Betreuungsbedarfes bis spätestens September 2016 eine Vollerhebung durch das Amt für Statistik in allen Kindertageseinrichtungen der Stadt Magdeburg sowie bei denjenigen Eltern durchzuführen, die bislang keine Kita-Betreuungsangebote nutzen.

Mit der - auch online durchzuführenden - Erhebung, sollen zusätzlich relevante Fragestellungen zur Familiensituation sowie zur Inanspruchnahme von sonstigen Betreuungsangeboten verknüpft werden.

Sachfragen zur Umsetzung bzw. zur Auswertung der Befragung sind in einer gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Familie und Gleichstellung und BA KGM mit den zuständigen Vertretern des Jugendamtes zu analysieren. Hierbei soll u.a. dargelegt werden, welcher ermittelte Bedarf die Umsetzung weiterer, über die städtischen Kitas hinausgehende Betreuungsangebote notwendig werden lässt, wie ggf. auch freie Träger eingebunden werden können, wie eine Implementierung der erweiterten Betreuungszeiten im laufenden Betrieb erfolgt und wie sichergestellt werden kann, dass der Betreuungsschlüssel eingehalten wird.

Gemäß interfraktionellen Änderungsantrag A0115/15/1 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0115/15/1/1 der Fraktion DIE LINKE einstimmig:

Der Antrag wird wie folgt geändert bzw. ergänzt (fett):

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Erweiterung des Angebotes von flexiblen Betreuungszeiten der Magdeburger Kitalandschaft, **umgehend** beim Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend über das Programm „KitaPlus“ finanziellen Bedarf für die Ausweitung der Betreuungszeiten **in weiteren Magdeburger Kindertagesstätten** anzumelden. Ein entsprechendes einzureichendes Konzept soll eine Erweiterung der Öffnungszeiten in den ~~Einrichtungen bis 19.00 Uhr sowie in einer Kita bis 21.30 Uhr~~ **Abendstunden** beinhalten.

Parallel zur Beantragung der Fördermittel beim Bundesprogramm "Kita Plus" ist zur Feststellung des konkreten Betreuungsbedarfes bis spätestens September 2016 eine Vollerhebung durch das Amt für Statistik in allen Kindertageseinrichtungen der Stadt Magdeburg sowie bei denjenigen Eltern durchzuführen, die bislang keine Kita-Betreuungsangebote nutzen.

Mit der - auch online durchzuführenden - Erhebung, sollen zusätzlich relevante Fragestellungen zur Familiensituation sowie zur Inanspruchnahme von sonstigen Betreuungsangeboten verknüpft werden.

Sachfragen zur Umsetzung bzw. zur Auswertung der Befragung sind in einer gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Familie und Gleichstellung und BA KGM mit den zuständigen Vertretern des Jugendamtes zu analysieren. Hierbei soll u.a. dargelegt werden, welcher ermittelter Bedarf die Umsetzung weiterer, über die städtischen Kitas hinausgehende Betreuungsangebote notwendig werden lässt, wie ggf. auch freie Träger eingebunden werden können, wie eine Implementierung der erweiterten Betreuungszeiten im laufenden Betrieb erfolgt und wie sichergestellt werden kann, dass der Betreuungsschlüssel eingehalten wird.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 947-028(VI)16

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Erweiterung des Angebotes von flexiblen Betreuungszeiten der Magdeburger Kitalandschaft, umgehend beim Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend über das Programm „KitaPlus“ finanziellen Bedarf für

die Ausweitung der Betreuungszeiten in weiteren Magdeburger Kindertagesstätten anzumelden. Ein entsprechendes einzureichendes Konzept soll eine Erweiterung der Öffnungszeiten in den Abendstunden beinhalten.

Parallel zur Beantragung der Fördermittel beim Bundesprogramm "Kita Plus" ist zur Feststellung des konkreten Betreuungsbedarfes bis spätestens September 2016 eine Vollerhebung durch das Amt für Statistik in allen Kindertageseinrichtungen der Stadt Magdeburg sowie bei denjenigen Eltern durchzuführen, die bislang keine Kita-Betreuungsangebote nutzen. Mit der - auch online durchzuführenden - Erhebung, sollen zusätzlich relevante Fragestellungen zur Familiensituation sowie zur Inanspruchnahme von sonstigen Betreuungsangeboten verknüpft werden.

Sachfragen zur Umsetzung bzw. zur Auswertung der Befragung sind in einer gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Familie und Gleichstellung und BA KGM mit den zuständigen Vertretern des Jugendamtes zu analysieren. Hierbei soll u.a. dargelegt werden, welcher ermittelter Bedarf die Umsetzung weiterer, über die städtischen Kitas hinausgehende Betreuungsangebote notwendig werden lässt, wie ggf. auch freie Träger eingebunden werden können, wie eine Implementierung der erweiterten Betreuungszeiten im laufenden Betrieb erfolgt und wie sichergestellt werden kann, dass der Betreuungsschlüssel eingehalten wird.

7.2. Anpassung Sozialplanung

A0021/16

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Ausschüsse Juhi und GeSo empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0021/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 949-028(VI)16

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die aktuelle Sozialplanung bzw. Integrierte Stadtentwicklungsplanung (ISEK) kurzfristig den geänderten Anforderungen, insbesondere in den Bereichen allgemeine Jugendhilfe-, Kita-, Schul-, Beratungs- und Freizeitplanung, anzupassen.

7.3.	Überarbeitung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Magdeburg	A0051/16
	Interfraktionell WV v. 19.05.2016	

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0051/16/3.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Dr. Grube bringt den Änderungsantrag A0051/16/3 ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann bittet um Unterstützung des Änderungsantrages A0051/16/3 des Ausschusses StBV.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt zum Antrag A0051/16 Stellung. Er geht weiterhin kritisch auf die Stellungnahme S0116/16 der Verwaltung ein und bezeichnet diese als nicht zufriedenstellend. Stadtrat Müller bringt den Änderungsantrag A0051/16/2 ein und signalisiert im Namen seiner Fraktion Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag A0051/16/1 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 7 Jastimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag A0051/16/1 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei –

Der Antrag wird wie folgt geändert und um folgenden Punkt erweitert:

- Ausbau des Straßenbahnnetzes: Erweiterung der Straßenbahnverbindung zwischen der Linie 1 Lerchenwuhne, Einrichtungshaus IKEA (Ebendorfer Chaussee/ ehemals Milchhof) in Verbindung mit dem Neustädter Feld, über Hornbach Baumarkt (Silberbergweg), Florapark, Albert-Einstein-Gymnasium und Klinikum Magdeburg (Olvenstedter Graseweg)

Die im Antrag benannten Veränderungen der Bevölkerungszahlen, der Altersstruktur und der sozialen Infrastruktur veranlassen die beschriebene Erweiterung aus folgenden Gründen in die Überarbeitung des Nahverkehrsplanes aufzunehmen, um somit ein zukunftsfähiges, bedarfsgerechtes und nachhaltiges Nahverkehrsangebot sicher zu stellen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 11 Jastimmen und 3 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0051/16/2 der Fraktion DIE LINKE –

Der Antrag ändert und ergänzt den Ursprungsantrag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Nahverkehrsplan der Stadt Magdeburg fortzuschreiben und dem Stadtrat unter Berücksichtigung folgender Vorgaben bis Ende 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen:

- **Diskussion und Aufnahme von Hinweisen und Wünschen der MVB-Nutzer, insbes. der Bewohner/innen unserer Landeshauptstadt, die zuvor im Rahmen eines oder ggf. mehrerer Bürgerwerkstattgespräche bzw. weiterer alternativer Methoden wie bspw. einer Vollerhebung mit Hilfe des Amtes für Statistik zu ermitteln sind;**
- Prüfung der Taktung für die Haupt- bzw. Normalverkehrszeit nach Fertigstellung der 2.Nord-Süd-Verbindung auf 10 Minuten
- Gestaltung des Nachtverkehrsangebotes **mindestens** entsprechend dem Angebot des aktuellen Fahrplans und **unter Berücksichtigung der Auswertung desselben durch die MVB**
- Festlegung der vorrangig auszubauenden barrierefreien Haltestellen gemäß der Dringlichkeitsliste zur Barrierefreiheit der Landeshauptstadt Magdeburg (Prioritätenliste)

Darüber hinaus ist zum möglichen Einsatz von Bussen mit alternativen Antriebssystemen einschl. möglicher Fördermittelkulissen und im Vergleich zu anderen deutschen Städten zu informieren. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag A0051/16/3 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusstext ist wie folgt zu ändern:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Straßenbahnzielnetzplan unter Berücksichtigung folgender Vorgaben bis Ende 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen:

- Prüfung der Taktung für die Haupt- bzw. Normalverkehrszeit nach Fertigstellung der 2.Nord-Süd-Verbindung auf 10 Minuten
- Gestaltung des Nachtverkehrsangebotes entsprechend dem Angebot des aktuellen Fahrplans
- Festlegung der vorrangig auszubauenden barrierefreien Haltestellen gemäß der Dringlichkeitsliste zur Barrierefreiheit der Landeshauptstadt Magdeburg (Prioritätenliste)

Auf dieser Grundlage ist schnellstmöglich der Nahverkehrsplan zu überarbeiten.

Gemäß vorliegenden interfraktionellen Antrag A0051/16 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0051/16/3 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr. 949-028(VI)16

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Straßenbahnzielnetzplan unter Berücksichtigung folgender Vorgaben bis Ende 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen:

- Prüfung der Taktung für die Haupt- bzw. Normalverkehrszeit nach Fertigstellung der 2.Nord-Süd-Verbindung auf 10 Minuten
- Gestaltung des Nachtverkehrsangebotes entsprechend dem Angebot des aktuellen Fahrplans
- Festlegung der vorrangig auszubauenden barrierefreien Haltestellen gemäß der Dringlichkeitsliste zur Barrierefreiheit der Landeshauptstadt Magdeburg (Prioritätenliste)

Auf dieser Grundlage ist schnellstmöglich der Nahverkehrsplan zu überarbeiten.

7.4.	Belastungen der Baustelle EÜ ERA abmildern	A0053/16
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 19.05.2016	

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0053/16/1.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0053/16 punktuell ein und zieht die Ziffer 4. unter A. Radverkehr zurück. Er bringt weiterhin die Änderungsanträge A0053/16/2 und /3 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Dr. Grube verweist auf die umfängliche Diskussion im Ausschuss und bringt den Änderungsantrag A0053/16/1 ein.

Der Vorsitzende des Stadtrates stellt den Antrag A0053/16 und die vorliegenden Änderungsanträge punktuell zur Abstimmung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 15 Jastimmen und 1 Enthaltung:

Die Ziffer 1 unter A – Radverkehr des Antrages A0053/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die folgenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen der derzeitigen bzw. der künftigen Sperrungen der Bahnhofsbrücken für den Radverkehr, den Autoverkehr und den ÖPNV zu vermindern:

A. Radverkehr

1. Die Umleitungsrouten vom Damaschkeplatz zur Albert-Vater-Str./Walter-Rathenau-Straße ist in den fehlenden Teilen für einen Radverkehr in 2 Richtungen zu asphaltieren. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Ziffer 2 unter A – Radverkehr des Antrages A0053/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 13 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

2. Die im Bereich der Umleitungsstrecke Adelheidring-Glaxis-Hallesche Straße liegende Unterführung der Deutschen Bahn ist zu beleuchten und der kaputte Asphaltbelag ist kurzfristig zu erneuern.

Gemäß Ziffer 3 unter A – Radverkehr des Antrages A0053/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

3. Das Bahnhofsmanagement wird von der Stadt gebeten, an der Treppe von der Passage zur Eingangshalle (14 Stufen) rechts und links eine Schiene zum Hochschieben von Fahrrädern anbringen zu lassen.

Die Ziffer 4 wurde von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 14 Jastimmen:

Die Ziffer 5 unter A – Radverkehr des Antrages A0053/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

–

5. Der derzeit von Fußgängern und Radfahrern als Zugang vom Adelheidring zum Eingang über den Konrad-Adenauer-Platzes zum Hauptbahnhof genutzte – teilweise schon fertiggestellte – Rad- und Fußweg ist eindeutig mit Piktogrammen den betroffenen Verkehrsteilnehmern zuzuordnen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag A0053/16/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

B 1 wird wie folgt geändert.

B. Autoverkehr

1. Sobald es die Straßenbahnbaustelle in der Wiener Straße zulässt, ~~ist die Abfahrt „Wiener Straße“ aus Richtung Süden zweispurig abzumarkieren und der Cityring im Bereich der Straße „Am Fuchsberg“ mit gelber Markierung als zeitweilige Baustellenanordnung entsprechend des beigefügten Lageplans dreispurig abzumarkieren~~, sind Maßnahmen zu ergreifen, so dass der Durchfluss an der LSA Leipziger Straße erhöht wird.

Unter B. Autoverkehr wird ein Punkt 3 eingefügt.

3. An der Ringauffahrt und Ringabfahrt Liebnechtsstraße/Maybachstraße wird die Einrichtung einer zeitweiligen LSA bzw. Baustellenampel geprüft.

Gemäß Änderungsantrag A0053/16/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Teil **B. Autoverkehr** wird um eine weitere Maßnahme ergänzt:

Im Bereich der Großen Diesdorfer Straße, z.B. an der Kreuzung Annastraße, wird ein großes Hinweisschild aufgestellt, mit dem auf die noch bestehende Auffahrt Adelheidring aufmerksam gemacht wird. Dies könnte zu einer Entlastung der Arndtstraße als Zubringer zum Magdeburger Ring führen.

Gemäß Ziffer 1 unter B – Autoverkehr des Antrages A0053/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0053/16/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

B. Autoverkehr

1. Sobald es die Straßenbahnbaustelle in der Wiener Straße zulässt, sind Maßnahmen zu ergreifen, so dass der Durchfluss an der LSA Leipziger Straße erhöht wird.

Gemäß Ziffer 2 unter B – Autoverkehr des Antrages A0053/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

2. Die Ausschilderung des Cityrings aus Richtung Norden und Süden, sowie die Zufahrt zum Hauptbahnhof über die Maybachstraße sind zu verbessern.

C. Öffentlicher Nahverkehr

Gemäß Änderungsantrag A0053/16/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Teil **C. Öffentlicher Nahverkehr** wird um eine weitere Maßnahme ergänzt:

An der Ersatzhaltestelle „Adelheidring/Hauptbahnhof“ sind unverzüglich auf beiden Seiten Haltestellenhäuschen aufzustellen, die Schutz vor Regen und Sonne bieten und einige Sitzplätze aufweisen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 12 Jastimmen:

Die Ziffer 1 unter C – Öffentlicher Nahverkehr des Antrages A0053/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

1. Die Buslinie 73 wird auf der Strecke während der ÖPNV - Sperrzeiten in den Morgen- und Nachmittagszeiten Montag – Freitag von ca. 6-9 Uhr und 14-17 Uhr auf einen 10-Minuten-Takt verdichtet (vgl. Volksstimme vom 27.04.2016). –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Ziffer 2 unter C - Öffentlicher Nahverkehr des Antrages A0053/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 16 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

2. Es wird eine temporäre Buslinie vom Olvenstedter Platz über Damaschkeplatz/Adelheidring über den Magdeburger Ring zum Hasselbachplatz in der Zeit von Montag – Freitag, ca. 6-9 Uhr und 14-17 Uhr eingerichtet. Diese „Bus-Baustellen-Linie“ fährt vom Olvenstedter Platz über Immermannstraße - Annastraße- Große Diesdorfer Straße- Maxim-Gorki-Straße – Adelheidring – Halberstädter Straße Hallesche Straße – Hasselbachplatz und zurück über Magdeburger Ring – Damaschkeplatz (Behelfshaltestelle Regierungspräsidium) – Olvenstedter Straße – Olvenstedter Straße in einem 10-Minuten Takt.

Gemäß Ziffer 3 unter C - Öffentlicher Nahverkehr des Antrages A0053/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 17 Gegenstimmen:

3. Die Buslinie 52 wird auf der Strecke während der ÖPNV - Sperrzeiten in den Morgen- und Nachmittagszeiten Montag – Freitag von ca. 6-9 Uhr und 14-17 Uhr auf einen 10-Minuten-Takt verdichtet.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann bittet darum, über die Sätze „Bei fehlenden Kapazitäten sind Busse von der MVB bei Dritten anzumieten. Überhaupt ist der entstehende Mehraufwand der folgenden Maßnahmen der MVB zu erstatten. – unter C – Öffentlicher Nahverkehr - gesondert abzustimmen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, kann die Bitte des Bürgermeisters Herrn Zimmermann nicht nachvollziehen und erinnert an diesbezügliche Aussagen der Verwaltung bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes der MVB.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann lässt über die Aufnahme der Sätze –

„Bei fehlenden Kapazitäten sind Busse von der MVB bei Dritten anzumieten. Überhaupt ist der entstehende Mehraufwand der folgenden Maßnahmen der MVB zu erstatten. – unter C – Öffentlicher Nahverkehr abstimmen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 14 Jastimmen und 2 Enthaltungen:

Die Aufnahme der Sätze -

„Bei fehlenden Kapazitäten sind Busse von der MVB bei Dritten anzumieten. Überhaupt ist der entstehende Mehraufwand der folgenden Maßnahmen der MVB zu erstatten. – unter C – Öffentlicher Nahverkehr – wird **abgelehnt** und sind nicht mehr Bestandteil des Antrages A0053/16.

Gemäß Antrag A0053/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung aller beschlossenen Änderungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 951-028(VI)16

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die folgenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen der derzeitigen bzw. der künftigen Sperrungen der Bahnhofsbrücken für den Radverkehr, den Autoverkehr und den ÖPNV zu vermindern:

A. Radverkehr

Die im Bereich der Umleitungsstrecke Adelheidring-Glaci-Hallesche Straße liegende Unterführung der Deutschen Bahn ist zu beleuchten und der kaputte Asphaltbelag ist kurzfristig zu erneuern.

Das Bahnhofsmanagement wird von der Stadt gebeten, an der Treppe von der Passage zur Eingangshalle (14 Stufen) rechts und links eine Schiene zum Hochschieben von Fahrrädern anbringen zu lassen.

B. Autoverkehr

Sobald es die Straßenbahnbaustelle in der Wiener Straße zulässt, sind Maßnahmen zu ergreifen, so dass der Durchfluss an der LSA Leipziger Straße erhöht wird.

Die Ausschilderung des Cityrings aus Richtung Norden und Süden, sowie die Zufahrt zum Hauptbahnhof über die Maybachstraße sind zu verbessern.

An der Ringauffahrt und Ringabfahrt Liebnechtsstraße/Maybachstraße wird die Einrichtung einer zeitweiligen LSA bzw. Baustellenampel geprüft.

Im Bereich der Großen Diesdorfer Straße, z.B. an der Kreuzung Annastraße, wird ein großes Hinweisschild aufgestellt, mit dem auf die noch bestehende Auffahrt Adelheidring aufmerksam gemacht wird. Dies könnte zu einer Entlastung der Arndtstraße als Zubringer zum Magdeburger Ring führen.

C. Öffentlicher Nahverkehr

Der Oberbürgermeister und der Stadtrat weisen die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MVB an, die folgenden Maßnahmen als Sofortmaßnahmen umzusetzen.

Es wird eine temporäre Buslinie vom Olvenstedter Platz über Damaschkeplatz/Adelheidring über den Magdeburger Ring zum Hasselbachplatz in der Zeit von Montag – Freitag, ca. 6-9 Uhr und 14-17 Uhr eingerichtet. Diese „Bus-Baustellen-Linie“ fährt vom Olvenstedter Platz über Immermannstraße - Annastraße- Große Diesdorfer Straße- Maxim-Gorki-Straße – Adelheidring – Halberstädter Straße Hallesche Straße – Hasselbachplatz und zurück über Magdeburger Ring – Damaschkeplatz (Behelfshaltestelle Regierungspräsidium) – Olvenstedter Straße – Olvenstedter Straße in einem 10-Minuten Takt.

Die Buslinie 52 wird auf der Strecke während der ÖPNV - Sperrzeiten in den Morgen- und Nachmittagszeiten Montag – Freitag von ca. 6-9 Uhr und 14-17 Uhr auf einen 10-Minuten-Takt verdichtet.

An der Ersatzhaltestelle „Adelheidring/Hauptbahnhof“ sind unverzüglich auf beiden Seiten Haltestellenhäuschen aufzustellen, die Schutz vor Regen und Sonne bieten und einige Sitzplätze aufweisen.

Persönliche Erklärung des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt eine persönliche Erklärung ab.
(Anlage 1)

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass die Leistungen, die der MVB mbH zusätzlich auferlegt werden auch bezahlt werden müssen.

. Neuanträge

7.6. Schellheimerplatz A0059/16
Fraktion CDU/FDP/BfM

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0059/16 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0059/16 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

7.7. Webseite Tunnelbaustelle A0060/16
Fraktion CDU/FDP/BfM

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0060/16 in die Ausschüsse VW und KRB – vor.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper weist daraufhin, dass die Webseite bereits gibt.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0060/16 wird in die Ausschüsse VW und KRB überwiesen.

7.8. "Klimakiller" Heizpilze abschalten!

A0063/16

Fraktion DIE LINKE

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0063/16 in die Ausschüsse UwE und KRB – vor.

Der vorliegende GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0063/16 in die Ausschüsse UwE und KRB – wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei 13 Jastimmen abgelehnt.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, beantragt die namentliche Abstimmung zum Antrag A0063/16.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, erläutert die Zielstellung des Antrages A0063/16.

Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, nimmt kritisch zum Antrag A0063/16 Stellung und hält diesen für überzogen.

Stadtrat Kräuter, SPD-Stadtratsfraktion, kann die Argumentation des Stadtrates Hempel, Fraktion DIE LINKE, ebenfalls nicht nachvollziehen.

Stadtrat Gedlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet den Antrag A0063/16 als gutes Anliegen und sieht darin einen Beitrag zum Klimaschutz. Er bittet um Zustimmung.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE, bedauert, dass der Antrag A0063/16 nicht in den Fachausschüssen diskutiert wird.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, sieht in den Antrag A0063/16 eine Entlebung der Innenstadt und argumentiert gegen die Annahme.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister hält die hier geführte Diskussion ohne Ausschussberatung für schwierig und signalisiert seine Stimmenenthaltung.

Der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz merkt an, dass er ebenfalls eine Beratung in den Ausschüssen begrüßt hätte, um die Thematik abzuwägen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0063/16 in den Ausschuss StBV – ein.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, unterstützt den GO-Antrag des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und ergänzt diesen um den Ausschuss VW.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper regt an, die Hersteller der Heizpilze zu bitten, ob eine Betreibung mit Wasserstoff möglich ist. Er weist weiter darauf hin, dass die Debatte hierzu im Ausschuss UwE geführt werden kann.

Der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz erklärt, dass der Ausschuss VW für diesen Antrag nicht zuständig ist.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, empfiehlt, den Antrag A0063716 zurückzuziehen und die Thematik im Ausschuss UwE zu diskutieren.

Nach eingehender Diskussion wird der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0063/16 in die Ausschüsse StBV und VW – **abgelehnt**.

Es erfolgt die namentliche Abstimmung zum Antrag A0063/16. (**Anlage 2**)

Der Stadtrat **beschließt** mit 7 Ja-, 27 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 952-028(VI)16

Der Antrag A0063/16 wird **abgelehnt**.

Persönliche Erklärungen

Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE, gibt eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 3**)

Stadtrat Gedlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 4**)

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, gibt eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 5**)

7.9.	Zustand Gehwege Fraktion CDU/FDP/BfM	A0061/16
------	---	----------

Gemäß Antrag A0061/16 der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 953-029(VI)16

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Prioritätenliste (Information I0197/14) für die Sanierung der Geh- und Radwege in der Landeshauptstadt Magdeburg zu überarbeiten und neu vorzulegen.

Dabei ist besonderes Augenmerk auf die Verantwortlichkeit der Rechtsträger für evtl. notwendige Reparatur- und Unterhaltungsmaßnahmen zu legen.

- 7.10. Verkehrssicherheit und Stellplatzsituation am Schellheimer Platz A0062/16
verbessern
SPD-Stadtratsfraktion
-

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM – Überweisung des Antrages A0062/16 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegenden GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0062/16 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 7.11. Bessere Kennzeichnung des Fußgängerüberwegs in der A0064/16
Arndtstraße
SPD-Stadtratsfraktion
-

Gemäß Antrag A0064/16 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 954-029(VI)16

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, wie eine Aufwertung bzw. eine bessere Kennzeichnung des Fußgängerüberwegs in der Arndtstraße in Höhe der Bushaltestelle Wilhelm-Külz-Straße erfolgen kann, da dieser vor allem von Kindern zweier Grundschulen und einer Kindertagesstätte sowie ihren Eltern frequentiert ist.

- 7.12. Errichtung eines Weidendoms in Magdeburg A0065/16
SPD-Stadtratsfraktion
-

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Überweisung des Antrages A0065/16 in die Ausschüsse StBV und UWE – vor.

Gemäß vorliegenden GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0065/16 der SPD-Stadtratsfraktion wird in die Ausschüsse StBV und UWE überwiesen.

7.13. Querungsmöglichkeit Haltestelle Fachhochschule A0066/16
 SPD-Stadtratsfraktion

Gemäß Antrag A0066/16 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 955-029(VI)16

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob die Einrichtung einer sicheren Fahrbahnüberquerung in Höhe der Straßenbahnhaltestelle Fachhochschule in Richtung Herrenkrug für Fußgänger und Rollstuhlfahrer realisierbar ist.

7.14. Zuwegung zur KGA Am Waldsee/Friedensweiler A0068/16
 Interfraktionell

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM – Überweisung des Antrages A0068/16 in den Ausschuss StBV – vor.

Stadtrat Gedlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke begründet den vorliegenden GO-Antrag.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 16 Jastimmen:

Der GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM – Überweisung des Antrages A0068/16 in den Ausschuss StBV – wird **abgelehnt**.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann sind zum Antrag A0068/16 Stellung und informiert, dass das Problem bereits seit längerem bekannt ist. Er weist daraufhin, dass es sich hierbei um privaten Grund und Boden handelt und der Eigentümer nicht bereit ist, Grundstück abzugeben. Herr Zimmermann merkt an, dass diese Frage im Vorfeld vom Kleingartenverein hätte geklärt werden müssen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß interfraktionellen Antrag A0068/16 einstimmig:

Beschluss-Nr. 956-029(VI)16

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. mittels der Sicherung von Wegerechten oder anderer geeigneter Maßnahmen, eine Wegeverbindung zwischen der Straße " An der Lake" und der Kleingartenanlage "Am Waldsee1" zu schaffen, die für AnliegerInnen befahrbar ist und

nochmals nebeneinander darzustellen und dem Stadtrat als erneuten Grundsatzbeschluss im September vorzulegen.

7.17. Zwangsversteigerung des Kristallpalastes – letzte Chance für Magdeburg? A0072/16

Fraktion DIE LINKE

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Überweisung des Antrages A0072/16 in die Ausschüsse FG und StBV – vor.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich gegen eine Überweisung des Antrages A0072/16 in den Ausschuss StBV aus und beantragt die getrennte Abstimmung.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, sprechen sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0072/16 der Fraktion DIE LINKE wird in den Ausschuss FG überwiesen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 15 Jastimmen und 3 Enthaltungen:

Der GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – der Antrag A0072/16 der Fraktion DIE LINKE wird in den Ausschuss StBV überwiesen – wird **abgelehnt**.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

9.1 Schriftliche Anfrage F0120/16 des Stadtrates Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

das Thema der „Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee“ ist ein ständiger Begleiter der Magdeburger Bevölkerung. So macht sich auch unsere Fraktion immer wieder Gedanken, wie dieses Bauvorhaben reibungsloser und schneller zu vollenden ist.

Wir konnten unter anderem feststellen, dass die Vollsperrung der Baustelle für den Durchgangsverkehr von der Bevölkerung angenommen wurde. So haben sich sowohl der motorisierte Individualverkehr als auch die Kunden des ÖPNV und die Radfahrer durchaus an die bestehende Situation gewöhnt und wissen damit umzugehen.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Ist eine dauerhafte Sperrung des Durchgangsverkehrs möglich, um das Bauvorhaben zu beschleunigen?
2. Welche Zeit- und Kostenersparnis, beispielsweise dadurch, dass keine Notverlegung der Straßenbahngleise notwendig wäre, würden dadurch ermöglicht?

Ich bitte um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann :

Herr Dr. Scheidemann erklärt dass die Sperrzeiten der DB AG Taktgeber für die gesamte Baumaßnahme sind. Da diese bereits festgelegt seien, sei eine Verlagerung der Sperrzeiten nicht möglich. Somit werde durch sie der Gesamttakt der Baumaßnahme vorgegeben. Er führt aus, dass eine Sperrung des Durchgangsverkehrs, wie Herr Stadtrat Schuster sie vorschlägt, den Effekt hätte, den Termin für die Fertigstellung sichern zu können. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass Materialien, Maschinen und Werkzeuge dann derart gelagert werden könnten, dass das Baufeld frei wäre. Eine grundsätzliche Beschleunigung werde dadurch jedoch nicht erreicht, da die Sperrzeiten verbindlich vorgegeben seien.

Herr Dr. Scheidemann führt aus, dass er Herrn Schuster diese Zusammenhänge gern anhand eines Zeitstrahls veranschaulicht hätte. Er verweist darauf, dass es zum Zeitpunkt der Ausschreibung den Vorschlag gab, sich Gedanken über alternative Technologien für die Baumaßnahme zu machen. In diesem Zusammenhang hätte Herr Geppard damals auch vorgeschlagen, durchgängig das gesamte Baufeld zu bearbeiten, was jedoch aufgrund der Sperrzeiten der DB AG nur zu einer minimalen Beschleunigung führen würde und nur den Endfertigstellungstermin sichern würde.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.2 Schriftliche Anfrage F0119/16 der Stadträtin Steinmetz, SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Stellungnahme S0049/15 zu meiner Anfrage F0026/15 vom 17.02.2015 „Bushaltestellen Beyendorf Sohlen“ wurde mir auf meine Frage zur Möglichkeit der Einrichtung eines Unterstandes an der Haltestelle Beyendorf mitgeteilt, dass es vertraglich geregelt sei, eine neue Wartehalle in Beyendorf-Sohlen „Obere Siedlung“ zu errichten. Eine solche ist jedoch bislang noch nicht vorhanden.

Ich stelle daher folgende Fragen:

1. Welchen aktuellen Stand gibt es hinsichtlich der Aufstellung der Wartehalle an der Haltestelle?
2. Aus welchem Grund verzögert sich die Einrichtung der Wartehalle und wann ist spätestens mit der Aufstellung zu rechnen?

Ich bitte um kurze mündliche sowie schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Herr Dr. Scheidemann führt aus, dass sich die Situation nicht grundlegend geändert hat. Die Gemeinde Beyendorf/ Sohlen habe damals mit der Firma Schwarz einen Werbevertrag ähnlich wie die MVB mit der Firma Ströer geschlossen. Dieser Vertrag schließe die Wartehallen mit ein. Eine Nachfrage bei der Firma Schwarz, ob sie beabsichtigen den bestehenden Vertrag einzuhalten, hätte ergeben, dass die Firma den Vertrag auch in Bezug auf die Wartehallen erfüllen wird. Allerdings wünsche die Firma Schwarz eine Vertragsergänzung, auf deren Basis die Wartehalle bereitgestellt würde. Momentan gäbe es mit der Firma noch Verhandlungen diesbezüglich. Sobald die Ergänzungsvereinbarung unterzeichnet sei, würde die Wartehalle aufgestellt. Dies sei jedoch eine vertragliche Angelegenheit, wodurch auch die Landeshauptstadt Magdeburg als Vertragspartner an die Vereinbarungen mit der Firma Schwarz gebunden ist, es sei denn, wir würden den Vertrag aufkündigen.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.3 Schriftliche Anfrage F0122/16 des Stadtrates Jannack, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

durch den Ausfall der Filteranlage in der Schwimmhalle Große Diesdorfer Straße sind sowohl der Schul- als auch der Vereinssport erheblich beeinträchtigt.

Trotz der engagierten Unterstützung durch den FB 40 leidet vor allem der Vereinssport, insbesondere die Aktivitäten der „Wasserball Union Magdeburg e.V.“. So müssen Hallenzeiten mit anderen Einrichtungen vereinbart werden. Erschwerend kommt hinzu, dass bei Punktspielen diverse Gerätschaften transportiert werden müssen. Dies zieht natürlich einen organisatorischen und finanziellen Mehraufwand nach sich.

Die effektive Förderung des Nachwuchses gestaltet sich zudem durch wechselnde Hallen und Hallenzeiten äußerst schwierig.

Daher frage ich Sie:

1. Welche Möglichkeiten gibt es, zusätzlich zu den bisherigen Hilfsmaßnahmen, die negativen Folgen, die den Vereinssport und insbesondere die Nachwuchsarbeit durch fortdauernde Ausfallzeiten der Schwimmhalle zu tragen haben, auszugleichen?
2. Welche Pläne gibt es bei einem weiteren Ausfall der Schwimmhalle für die Gewährleistung des Schwimmunterrichts im kommenden Schuljahr?
3. Welche Kosten sind der Landeshauptstadt Magdeburg durch den Ausfall der Filteranlage bisher entstanden?

4. Würde es nicht die Möglichkeit geben, die Filteranlage komplett zu tauschen? Mit welchen Kosten wäre ein solcher Tausch verbunden?

*Es wird um eine kurze mündliche **und ausführliche schriftliche** Antwort gebeten.*

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister erklärt, dass die Angelegenheit ausführlich im Ausschuss KGM besprochen wurde und nun abzuwarten ist, welche Ergebnisse die Filteranlage erzielt. Herr Dr. Trümper sagt zu, über neue Entwicklungen zu informieren. Solange jedoch noch keine Ergebnisse vorlägen, könnten die Räumlichkeiten nicht für Schulsport genutzt werden.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.4 Schriftliche Anfrage F0128/16 des Stadtrates Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In der Vergangenheit war die Erstellung eines Pflege- und Entwicklungskonzeptes für den Volkspark Westerhüsen angekündigt worden. Das Konzept sollte auch die Möglichkeit der Einbeziehung der ehemaligen SKL-Deponie in die Parkanlage umfassen. Bisher liegt ein solches Konzept jedoch noch nicht vor.

Daher frage ich Sie:

1. Wann ist mit der Vorlage des Konzepts zu rechnen?
2. Welche Hinderungsgründe bestehen gegebenenfalls?

Um kurze mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Beantwortung wird gebeten.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann:

Herr Dr. Scheidemann legt dar, dass das Pflegeentwicklungskonzept nicht beim Stadtplanungsamt, sondern in einer anderen Dienststelle der Landeshauptstadt Magdeburg bearbeitet wird.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.5 Schriftliche Anfrage F0108/16 des Stadtrates Guderjahn, Fraktion Die Magdeburger Gartenpartei

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, seit April 2016 befindet sich in der Friedensstraße 1 eine Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Derzeit leben dort in drei Wohneinheiten 12 junge Männer. Die langjährigen Bewohner des Hauses sind allesamt sehr geduldige Mieter und haben sich in vergangener Zeit im hohen Maße für eine gelungene Willkommenskultur engagiert. Die Einrichtung einer Clearingstelle in ihrem Haus haben sie, ebenso wie die vorangegangenen Bau- und Renovierungsmaßnahmen, als Selbstverständlichkeit gegenüber den Neuankömmlingen entgegengenommen.

Aufgrund einiger Mentalitätsunterschiede, vorrangig jedoch vermutlich aufgrund der Entwicklungsstufe/ Prozess der Identitätsfindung (Jugendliche im Alter ca. 15 bis 17 Jahre) kommt es wiederkehrend zu Auseinandersetzungen, die hauptsächlich auf die laute Geräuschkulisse zurückzuführen sind. Offene Wohnungseingangstüren, Zimmertürenschnellen in unzähliger Häufigkeit und Lautstärke, eine massiv erhöhte Lärmsituation im Hausflur durch die geöffneten Wohnungseingangstüren der Clearingstelle, Küchengeräusche und -gerüche durch offene Türen u.v.m. zu jeder Tageszeit, dem späten Abend und im speziellen in den Ruhezeiten nach 22.00 Uhr konnten trotz mehrmaliger Bitte nicht abgestellt werden, sodass die Mieter seit Einzug der Clearingstelle in ihrer Arbeit, Gesundheit und Regeneration durchgängig beeinträchtigt werden. Die Situation droht mittlerweile zu eskalieren. Eine Annäherung der Parteien wird zusehends schwieriger. Die Unzufriedenheit beider Parteien führt zu keinem gesunden Miteinander.

Unzählige, jedoch wenig erfolgreiche, Gespräche mit den Betreuern sowie Briefe an die Clearingstelle und schriftliche Anfragen veranlassen uns im Namen der Hausbewohner, aber auch im Namen der minderjährigen Flüchtlingskinder folgende Fragen zu stellen:

Zur Situation der Hausbewohner:

1. Wie kann die Stadtverwaltung den Bewohnern, welche seit Wochen keinen Schlaf und störungsfreies Leben in ihrem zu Hause finden, in dieser Situation helfen?
2. Wie kann verhindert werden, dass langjährige Hausbewohner aufgrund der Lautstärke zu Mietvertragskündigungen bzw. Streitgesprächen mit neuen Bewohnern genötigt werden?
3. An welche Mitarbeiter des Jugendamtes können sich die Hausbewohner mit ihren Problemen (auch nachts) wenden?
4. Besteht die Möglichkeit, die Größe der Wohngruppen zu reduzieren, um den Geräuschpegel zu senken?
5. Besteht die Möglichkeit, sozialpädagogisches Fachpersonal für die besonders lärmintensiven Zeiten am Morgen, Mittag und späten Abendstunden zur Verfügung zu stellen?
6. Gibt es Möglichkeiten einer anderen **zentralen** Unterbringung, mit leicht zugänglichem Betreuungsangebot bis in die Nachtstunden?
7. Gab es vor Mietbeginn aufklärende Gespräche durch das Jugendamt mit den anderen Mietern, um solche Situationen zu vermeiden?

Zur Situation der Jugendlichen:

1. Welches sozialpädagogische Konzept für die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer in Wohngruppen liegt vor und welche Interventionen werden zur Verhinderung von Desillusionierung und Perspektivlosigkeit herangezogen?

2. Welche didaktischen Methoden und Strategien werden im Rahmen der gesellschaftlichen Sozialisation durch die betreuenden Personen herangezogen?
3. Welche Kriterien sind ausschlaggebend bei der zur Suche nach Räumlichkeiten für die Unterbringung von Gruppen Jugendlicher mit Migrationshintergrund?
4. Welches Fachpersonal, mit welcher Ausbildung (z.B. sozialpädagogisches, gesundheits- und/oder erziehungswissenschaftliches Personal) betreut die Jugendlichen?
5. Mit welchem Personalschlüssel werden die Jugendlichen in den Wohngruppen betreut? Mit welchem zeitlichen Aufwand?
6. Welche Integrationskurse werden derzeit für die o.g. Jugendlichen angeboten? Welche Kurse/Angebote erleichtern den Jugendlichen die Einmündung auf den Arbeitsmarkt? Gibt es soziale Angebote zur Förderung der Eigenmotivation und der Selbstaktualisierung abgestimmt auf diese Altersgruppe?
7. Wie viele Clearingstellen betreibt das Jugendamt? Wie viele sind vorgesehen? Wie ist die durchschnittliche Verweildauer? Wie hoch werden die Erfolgspotentiale der Wohngruppen in ihrer jetzigen Form für eine gelungene Integration eingeschätzt? Ist diesbezüglich eine differenzierte, statistische Aufbereitung zur Vorlage im Stadtrat/Beirat für Migration möglich?
8. Gab es oder gibt es ähnliche Probleme in anderen Clearingstellen der Landeshauptstadt?
9. Welche Projekte zur Integrationsförderung sieht das Jugendamt in den hier benannten Fällen zur Annäherung der Parteien vor?

Ich bitte um eine mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Fragen.

Antwort der Leiterin des Jugendamtes Frau Schulz, in Vertretung der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris:

Frau Schulz führt aus, dass die Landeshauptstadt aufgrund der veränderten Gesetzeslage aus dem vergangenen Jahr per Aufnahmequote verpflichtet war, begleitete und minderjährige unbegleitete Flüchtlinge aufzunehmen. In der Kürze der Zeit sei es den Trägern nicht möglich gewesen, eine eigene Clearingstelle aufzubauen. Daher habe sich das Jugendamt entschlossen, die Clearingstelle in der Friedensstraße einzurichten. Dieser Zustand stelle jedoch keinen Dauerzustand, sondern lediglich eine Übergangslösung dar.

Sie legt dar, dass das Jugendamt bereits an einem neuen Grundsatzkonzept arbeitet, welches unter anderem den Kindernotdienst neu strukturiert. Was die Lärmprotokolle anbelangt, so stellt Frau Schulz klar, dass diese ihr nicht vorlägen. Nach ihren Informationen habe der Vermieter mehrfach unangekündigte Kontrollen zu verschiedenen Zeiten im Haus vorgenommen (früh, vormittags, mittags, nachmittags, spät abends).

Frau Schulz erklärt weiterhin, dass die Landeshauptstadt Magdeburg bereits im Vorfeld zusammen mit dem Vermieter diverse Maßnahmen getroffen habe. So wären besondere Dämmungen in den Türrahmen verbaut, Türklinken seien von außen eingebaut worden, damit die Türen leise geschlossen werden können.

Abschließend bekräftigt sie, dass der Standort Friedensstraße als Clearingstelle nur eine Übergangslösung darstellt.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.6 Schriftliche Anfrage F0116/16 der Stadträte Dr. Kutschmann und Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

die Verbreitung des Asiatischen Laubholzbockkäfers in der Landeshauptstadt Magdeburg und die dadurch bedingten, gesetzlich vorgeschriebenen Fällungen befallener Bäume, erfüllen viele Bürger unserer Stadt mit großer Sorge. Diese Sorge, ja, diese Befürchtungen wegen der vorgeschriebenen Konsequenzen werden von den Verantwortlichen, die für den Pflanzenschutz Verantwortung tragen und diese Arbeit mit großer Gewissenhaftigkeit ausführen, geteilt. Da wir diese Sorgen durchaus teilen, haben wir uns an das Julius Kühn-Institut gewendet und anhängige Antwort erhalten.

Bisher ist die Ausbreitung des ALBs mit verschiedenen Methoden beobachtet und dokumentiert worden. Es ist allerdings zu befürchten, dass der ALB sich weiter ausgebreitet hat, bzw. seine weitere Ausbreitung durch die derzeit eingeleiteten, gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen nicht aufzuhalten sein wird.

Wir fragen deshalb an:

1. Wie ist der gegenwärtige Stand der Verbreitung des ALB in den Baumbeständen der Landeshauptstadt Magdeburg dies- und jenseits der Elbe?
2. Gibt es eine prognostische Einschätzung über eine zu erwartende Weiterverbreitung dieses Schädlings?
3. Welche Maßnahmen sind bisher eingeleitet worden, die über die bisher durchgeführten, vorgeschriebenen Fällungen hinausgehen, um die Ausbreitung des ALBs zu verhindern?
4. Kann die gegenwärtige Befallsituation als "Gefahr im Verzug" eingeschätzt werden?
5. Falls das der Fall sein sollte, halten Sie den prophylaktischen Einsatz von Insektiziden, z.B. von Imidacloprid in Form einer Stammapplikation für möglich und werden Sie unter diesen Umständen geeignete Maßnahmen einleiten, um eine derartige, vorbeugende Behandlung durch das Einholen einer Ausnahmegenehmigung gem. Artikel 53 „Notfallsituation im Pflanzenschutz“ der EU-Verordnung zu ermöglichen?

Wir bitten um eine mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Herr Platz erklärt, dass diesbezüglich am 21.06.2016 in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters eine Information vorgelegt wird, die anschließend für die Stadträte freigeschaltet wird. Er stellt klar, dass die Zuständigkeit nicht bei der Landeshauptstadt Magdeburg, sondern beim Land Sachsen-Anhalt liegt und die Stadt den Prozess lediglich begleitet hat. Herr Platz informiert weiterhin, dass der Oberbürgermeister an Beratungen zum Thema, die teilweise auf Ministerebene erfolgten, teilgenommen hat und klargestellt, dass die Landeshauptstadt Magdeburg die Fällung der betroffenen Bäume um die Fundorte herum für problematisch hält. Zudem liegen Informationen vor, wonach zum Beispiel im Central Park (USA) auch alternative Methoden getestet wurden. Der Anwendung dieser Methoden stehen jedoch die strengen europäischen Vorschriften gegenüber.

Herr Platz verweist nochmals auf die Information und erklärt, dass das Anliegen auf offene Ohren stößt und die Prüfungen hierzu noch anhalten, ob der Baumbestand im Herrenkrugpark als besonders schützenswert unter die Ausnahmegenehmigung subsumiert werden kann.

Schriftliche Anfrage F0110/16 der Stadträtin Keune und des Stadtrates Lischka, SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die Baumaßnahme Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee führt für die Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Stadtfeld-Ost zu massiven Einschränkungen bei der Nutzung des ÖPNV, besonders bei einer Vollsperrung.

In diesem Zusammenhang haben wir folgende Fragen:

1. Ist bei einer Vollsperrung der Tunnelbaustelle der Einsatz einer Buslinie zwischen Adelheidring und Hasselbachplatz über den Magdeburger Ring denkbar?
Wie viele zusätzliche Fahrten bzw. Busse wären dafür erforderlich?
2. Wann ist mit der Errichtung des Wartehäuschens an der Haltestelle Adelheidring zu rechnen?
3. Wie kann eine Verbesserung der Umsteigebeziehungen am Kreuz Westring/ Europaring/ Große Diesdorfer Straße erreicht werden?

Wir bitten um eine mündliche und schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.8 Schriftliche Anfrage F0132/16 des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Ich frage den Oberbürgermeister:

Bis vor einigen Jahren war es gut gelebte Praxis, dass bei Antrittsbesuchen von Botschaftern bzw. Eintragungen in das Gästebuch und das Goldene Buch der Stadt usw. auch Vertreter der Fraktionsspitzen vom Oberbürgermeister eingeladen werden. Nicht selten gab es hiernach gute Anträge im Stadtrat, die insbes. die weitere internationale Arbeit unserer Stadt oder auch städtepartnerschaftliche Aktivitäten qualifizierten.

Was waren die konkreten Gründe für die Einstellung dieses Verfahrens?

Wann werden Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, diese Praxis wieder aufleben lassen und neben dem Stadtratsvorstand auch die Fraktionsspitzen wieder daran teilhaben lassen?

Wie beurteilen Sie die gute Arbeit der Stadtteilbibliothek Sudenburg im Kontext der eher ungünstigen Lage im Stadtteil jenseits des Stadtteilmittelpunktes insbes. im Kontext der im dortigen Bereich aktuellen Straßensperrungen aufgrund von Baustellen? Welche Möglichkeiten einer Standortverlagerung in das Zentrum Sudenburgs hinein gibt es? Wird auch künftig die Personalsituation in der Stadtteilbibliothek insofern gesichert sein, als dass bei einem Besatz von ohnehin nur 2 VZÄ auch vollbelastbare Mitarbeiter/innen den regen Veranstaltungsbetrieb in dieser Einrichtung adäquat sicherzustellen in der Lage sein werden?

Wann endlich wird meine Anfrage vom 21. April 2016 zum Anwohnerparken beantwortet werden oder wurde hierzu die Kommunalverfassung zur Dauer bis zur Beantwortung von Anfragen vom Mitgliedern der Kommunalparlamente durch die LH MD außer Kraft gesetzt?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Herr Platz erklärt, dass er sich einen Hund im Büroalltag nur schwerlich vorstellen kann, aber dem Thema dennoch offen gegenübersteht.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister erklärt, dass es „Das Goldene Buch“ noch gibt. Die Termine für die Eintragungen sind im Vergleich jedoch weitaus kürzer, da Eintragungen ca. einmal pro Woche vorkommen und die Botschafter manchmal zwei-, dreimal im Monat kommen. Er weist daraufhin, dass zu besonderen Anlässen, dann auch dazu eingeladen wird, nicht jedoch zu jedem Termin.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Zu den noch vorliegenden Anfragen F112/16, F0114/16, F0115/16, F0117/16, F0118/16, F0121/16, F0123/16, F0124/16, F0126/16, F0127/16, F0129/16, F0130/16, F0131/16 und F0133/16 erfolgt die Antwort schriftlich durch die Verwaltung.

Informationsvorlagen

Die unter TOP 10.2 – 10.7 und 10.9 – 10.15 vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

- 10.1. Politische Schwerpunkte aus Sicht des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten für den Zeitraum bis 2022 in der Landeshauptstadt Magdeburg I0114/16
-

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Überweisung der vorliegenden Information I0114/16 in alle Ausschüsse – vor.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bittet um Verständnis, dass die Verwaltung nicht in jeden Ausschuss kommen kann.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die Information I0114/16 wird in alle Ausschüsse überwiesen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Andreas Schumann
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Schriftführerin

- Anlage 1 – Persönliche Erklärung des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 7.4 – A0053/16
Anlage 2 – namentliche Abstimmung zum TOP 7.8 - A0063/16
Anlage 3 – Persönliche Erklärung der Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE zum TOP 7.8 – A0063/16
Anlage 4 – Persönliche Erklärung des Stadtrates Gedlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 7.8 – A0063/16
Anlage 5 – Persönliche Erklärung des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE zum TOP 7.8 – A0063/16

Anwesend:

Vorsitzende/r

Andreas Schumann

Mitglieder des Gremiums

Beate Wübbenhorst

Hugo Boeck

Matthias Boxhorn

Thomas Brestrich

Rainer Buller

Jürgen Canehl

Marko Ehlebe

Timo Gedlich

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

Gerhard Häusler

Christian Hausmann

René Hempel

Bernd Heynemann

Denny Hitzeroth

Jens Hitzeroth

Andrea Hofmann

Dennis Jannack

Kornelia Keune

Karsten Köpp

Günther Kräuter

Dr. Klaus Kutschmann

Olaf Meister

Hans-Joachim Mewes

Oliver Müller

Bernd Reppin

Jens Rösler

Manuel Rupsch

Hubert Salzborn

Chris Scheunchen

Gunter Schindehütte

Jenny Schulz

Carola Schumann

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Birgit Steinmetz

Reinhard Stern

Lothar Tietge

Dr. Lutz Trümper

Jacqueline Tybora

Alfred Westphal

Monika Zimmer

Geschäftsführung

Silke Luther

Abwesend

Maik Aebi

Tom Assmann

Helga Boeck

Sören Ulrich Herbst
Michael Hoffmann
Daniel Kraatz
Burkhard Lischka
Mandy Loskant
Steffi Meyer
Andrea Nowotny
Frank Theile
Oliver A. Wendenkampf
Roland Zander